

Stopp der Ein-Euro-Jobs gefordert

Im Land bestehen hunderte von Beschäftigungsgesellschaften. Diese bieten Ein-Euro-Jobs stets als „gemeinnützig“ und „zusätzlich“ an. Was sich dahinter verbirgt, erfahren derzeit viele Handwerksbetriebe. In Berlin werden Wartungsverträge für öffentliche Gebäude gekündigt. Statt des Heizungstechnikers kommt in diesem Winter der Ein-Euro-Jobber. In Hamburg stellen die öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften Reinigungskräfte für Außenanlagen und Treppenhäuser ein. Dass dies garantiert zusätzliche Reinigungsarbeiten seien, glaube noch nicht mal das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, so Dieter Philipp, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) in einem Beitrag für die Berliner Zeitung.

„Die Bundesregierung merkt offenbar, welche bösen Geister sie hier gerufen hat. Sie sollte sie sofort stoppen – Ein-Euro-Jobs bringen Wettbewerbsverzerrungen, sie sorgen für Mitnahmementalität und provozieren Drehtüreffekte nach dem Motto: Langzeitarbeitsloser in subventionierte Beschäftigung, regulärer Beschäftigter in Arbeitslosigkeit. Das Handwerk verliert in diesem Jahr erneut 178.000 Beschäftigte aufgrund des konjunkturellen Abwärtstrends – diese Entwicklung wird jetzt von Staats wegen gefördert.“ Über sechs Milliarden Euro würden für die Schaffung von Ein-Euro-Jobs zur Verfügung gestellt, meldet der ZDH. Hier werde ein künstliches Arbeitsfeld ausgebaut und mit Steuermitteln verfestigt, meint Philipp. „Wir brauchen Reformen und Investitionen, die Wachstum der Wirtschaft ermöglichen und so für mehr Arbeitsplätze sorgen. Wir brauchen keine künstliche Beschäftigung, die die Beitragskasse der Sozialversicherung weiter plündert und Steuermilliarden ohne erkennbare Wirkung verpulvert.“ mr